

Liebe Leserinnen und Leser



Die Jahresrechnung 2021 des Kantons Luzern schliesst bei einem Aufwand von mehr als 4,2 Milliarden Franken mit einem Gewinn von 201,4 Millionen Franken ab. Das erfreuliche Ergebnis ist insbesondere auf weniger coronabedingte steuerliche Auswirkungen und unerwartet höhere Steuererträge bei den juristischen Personen zurückzuführen. Ebenso profitieren konnte der Kanton Luzern von erhöhten Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank.

Das Ergebnis zeigt deutlich, dass die bürgerliche Finanzpolitik Früchte trägt und die Steuerstrategie funktioniert. Auch ist damit bewiesen, dass die bereits realisierte Steuersenkung von 1.7 auf 1.6 Einheiten, die die SVP Kantonsratsfraktion im Oktober 2021 gefordert und getragen hat, mehr als angezeigt war. Angesichts dieser Ausgangslage ist es richtig, den Steuerzahlenden im Kanton Luzern etwas zurückzugeben. Die SVP Kanton Luzern fordert deshalb für den nächsten Aufgaben- und Finanzplan, Mittel für eine gezielte Steuergesetzrevision einzusetzen.

Nachdem mit den Sparpaketen der letzten Jahre Steuerhöhungen beschlossen, Abzüge gekürzt und Tarifierhöhungen durchgedrückt wurden, verlangt die SVP nun gezielte Entlastungsmassnahmen. Dafür muss eine Steuergesetzrevision aufgelegt werden, die zwingend die natürlichen und die juristischen Personen berücksichtigt.

Für den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023–2026 kann der Kanton Luzern mit einer guten Ausgangslage aufwarten. Allerdings sind die vorhandenen Unsicherheiten beträchtlich. Die Nachwirkungen der Pandemie und insbesondere der Ukraine-Konflikt sind zu berücksichtigen. Die Finanzpolitik ist deshalb umsichtig zu planen. Das gleiche gilt für die Luzerner Gemeinden, denn drei Viertel von ihnen budgetieren ein Defizit. Unter den 60 Gemeinden mit einem budgetierten Defizit befinden sich die 5 bevölkerungsstärksten Gemeinden Luzern, Emmen, Kriens, Horw und Ebikon.

Angesichts der steigenden Energiepreise ist es wichtig, dass das Geld dort ist, wo es gebraucht wird, und zwar bei der arbeitenden Bevölkerung. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass eine vorausschauende und haushälterische Finanzplanung im Kanton und den Gemeinden vorgenommen wird. Die Luzernerinnen und Luzerner müssen finanziell entlastet werden. Die SVP Kanton Luzern setzt sich dafür ein.

Angela Lüthold-Sidler
Präsidentin SVP Kanton Luzern

Wichtiges im April/Mai

- 28** | Wahlanlass Wahlkreis Sursee
- 22** | Interessenanlass Wahlkreis Entlebuch
- 07** | Konferenz der SVP Schweiz mit den SVP-Regierungsräten
- 11** | Kantonale Fraktionssitzung
- 12** | Wahlanlass Wahlkreiss Willisau
- 15** | Eidgenössische Abstimmungen
- 16** | Kantonsratssession
- 17** | Kantonsratssession
- 19** | Frauenanlass SVP Kanton Luzern

FAZIT ZUM KLIMABERICHT DES LUZERNER KANTONS RATES

Die Zeche zahlt wiederum die arbeitende Bevölkerung.

- Sanierungspflicht Gebäude
- Streichung von Unterhaltsabzügen
- Intransparenter Klimafonds
- Weitere Zweckentfremdung von Verkehrssteuern
- Strassen verlottern lassen

Die SVP Kanton Luzern setzt sich gegen Verbote, neue Abgaben, steigende Kosten und eine ausufernde Bürokratie ein. Eine positive Umweltpolitik mit Augenmass stützen wir durch Eigenverantwortung.





Ja zu sicheren Grenzen

Am 15. Mai 2022 stimmt die Stimmbevölkerung über die Beteiligung der Schweiz am Ausbau von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache ab. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern sprechen sich den Ausbau von Frontex aus.

Um die Sicherheit im Schengen-Raum zu gewährleisten, werden die Aussengrenzen systematisch kontrolliert. Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, unterstützt die Schengen-Staaten seit 2004 dabei. Als EU-Agentur wird Frontex aus dem EU-Haushalt und durch Beiträge der assoziierten Schengen-Länder finanziert.

Am Ausbau beteiligen

Die Schweiz gehört wie die meisten EU-Staaten sowie Norwegen, Island und Liechtenstein zum Schengen-Raum und beteiligt sich seit 2011 an Frontex. Die Erfahrung der letzten Jahre und insbesondere die Migrationskrise 2015/2016 haben gezeigt, dass die Kontrollen der Aussengrenzen des Schengen-Raums Lücken aufweisen. Die Grenzübertritte an den Aussengrenzen konnten nicht wirksam und umfassend genug kontrolliert werden. Das führte zu Rechtsunsicherheiten und auch zu Missbrauch. Bundesrat Ueli Maurer macht klar: «Wir stellen in den letzten Jahren eine zunehmende Kriminalität fest. Bandenmässige Kriminalität, Menschenhandel und Schmuggel gefährden die Sicherheit in Europa und der Schweiz.» Aus diesem Grund wird seit Ende 2019 Frontex von der EU finanziell und personell ausgebaut.

Referendum ergriffen

Bundesrat und Parlament wollen, dass sich die Schweiz ebenfalls am Ausbau von Frontex beteiligt. Aus ihrer Sicht liegt es im Interesse der Schweiz, bei den Kontrollen der Aussengrenzen und der Bewältigung

der Migrationsbewegungen mitzuwirken und damit die Reisefreiheit im Schengen-Raum zu gewährleisten. Mit dem Ausbau von Frontex werden die Kontrollen an den Aussengrenzen verbessert und die Sicherheit erhöht. Durch den Ausbau steigt auch der Umfang des Personaleinsatzes der Schweiz. Dieser wird sich von bisher durchschnittlich gut sechs Vollzeitstellen voraussichtlich schrittweise auf bis zu maximal 40 Vollzeitstellen im Jahr 2027 erhöhen. Finanziell unterstützt die Schweiz Frontex anteilmässig. Der Beitrag der Schweiz wird von 24 Millionen Franken im Jahr 2021 gemäss aktuellen Berechnungen bis 2027 auf schätzungsweise 61 Millionen Franken steigen. Gegen diese Vorlage wurde aus linken Kreisen das Referendum ergriffen, weil aus Sicht der Gegnerinnen und Gegner die Schweiz durch die finanzielle Unterstützung von Frontex Menschenrechtsverletzungen mitverantwortet.

Illegale Übertritte verhindern

Im Nationalrat war sich die SVP-Fraktion nicht einig. Der Schwyzer Nationalrat, Pirmin Schwander, sagte, dass es Zustimmung und Ablehnung zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes gebe. An die Adresse der Grünen und der SP sagte er, die SVP habe schon seit 2005 auf die Problematik eines Schengen-Beitritts der Schweiz hingewiesen. «Wir wussten, was auf uns zukommt.» Bundesrat Ueli Maurer sagte, dass der Ausbau des Engagements der Schweiz neben der Gewährleistung der Sicherheit auch den Grundrechten und der Transparenz diene. Es gehe darum, legale Übertritte zu beschleunigen und illegale zu verhindern. Dem Argument der erhöhten Sicherheit folgten denn auch die Delegierten der SVP Schweiz. Ueli Maurer betonte: «Schengen ist ein Sicherheitsverbund, auf den die Schweiz angewiesen ist.» Auch die Delegierten der SVP Kanton Luzern fassten die Ja-Parole für die Unterstützung der Frontex.

Nachgefragt bei



Barbara Steinemann
Nationalrätin (ZH)

Weshalb sagen Sie ja zum Ausbau der Frontex?

Frontex ist unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise von 2015 bedeutend geworden. Sie koordiniert die Zusammenarbeit im Bereich der irregulären Migration und dem Schutz der gemeinsamen Aussengrenzen und unterstützt die Staaten bei der Rückschaffung von Illegalen. Die Grenzschutzagentur arbeitet aktiv mit über 20 Ländern ausserhalb der EU zusammen und kooperiert unter anderem mit der libyschen Küstenwache, die Boote mit Migranten abfängt und sie in einen sicheren Hafen bringt. Die Luftüberwachung im Mittelmeer soll intensiviert und eine Abteilung mit Spezialisten zur Erkennung gefälschter Dokumente aufgebaut werden. Solange die Schweiz Schengen-Mitglied ist, sind wir auf Aussengrenzsicherheit angewiesen. Für die Bewältigung gewisser Probleme, wie die illegale Migration Richtung Europa, macht eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern durchaus Sinn. Ein Ja der SVP zu diesem Reformschritt ist kein Grundsatzentscheid für das marode Schengen-System.

Gegen Zwangs-Organ spende

Am 15. Mai 2022 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Änderung des Transplantationsgesetzes ab. Dieses Gesetz will bei der Organspende die Widerspruchslösung einführen. Die SVP Kanton Luzern spricht sich gegen die Zwangs-Organ spende aus.

Das geänderte Transplantationsgesetz ist ein Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten». Der Bundesrat und das Parlament haben bei der Organspende einen Systemwechsel zur Widerspruchslösung vorgeschlagen, damit sich die Wartezeiten für ein Organ zu einer

Transplantation verkürzt. Wer nach seinem Tod keine Organe spenden möchte, soll dies festhalten müssen. Ohne Widerspruch dürfen nach dem Tod Organe und Gewebe entnommen werden. Bisher gilt das Umgekehrte: Eine Spende ist nur möglich, wenn eine Zustimmung vorliegt, dies wird auch als Zustimmungslösung bezeichnet. Gegen das geänderte Transplantationsgesetz ist mit 55'357 gültigen Unterschriften das Referendum ergriffen worden.

Situation heute

Gemäss Bundesamt für Gesundheit konnten im Jahr 2019 501 postmortal gespendete

Organe und 110 lebend gespendete Organe transplantiert werden. Total profitierten damit in der Schweiz 582 Empfängerinnen und Empfängern von einer Organspende. Die Spenderate pro Million Einwohnerinnen und Einwohner ist von 13,7 im Jahr 2013 auf 18,4 im Jahr 2019 gestiegen. In den vergangenen fünf Jahren haben in der Schweiz im Schnitt jährlich rund 450 Menschen eines oder mehrere Organe einer verstorbenen Person erhalten. Im gesamten Jahr 2021 haben 166 verstorbene Personen ihre Organe gespendet –so viele wie noch nie in einem Jahr. So ist auch die Zahl der transplantierten Organe im Vergleich zu 2020 gestiegen, von 459 auf 484.

Pro und Contra

Die Gegner der Vorlage gehen davon aus, dass die Widerspruchsregelung unweigerlich dazu führen würde, dass Personen (v.a. aus bildungsfernen, sozial schwachen Schichten) gegen ihren Willen Organe entnommen werden, weil sie zu Lebzeiten nicht wussten, dass sie hätten widersprechen müssen. Der Staat darf Sterbende nicht wie ein Ersatzteillager behandeln und sich bedienen, ohne gefragt zu haben. Zudem ist nicht belegt, dass die Widerspruchsregelung zu einer höheren Spenderate führt. Dr. med. Alex Frei erklärt: «Die Explantation ist ein massiver Eingriff in den Sterbeprozess. Der Mensch ist nicht abschliessend erforscht. Damit bleibt das Sterben ein Mysterium.» Die Befürworter der Gesetzesänderung argumentieren, dass das neue Transplantationsgesetz hilft, dass Menschen weniger lang auf ein Organ warten müssen. Die Organspende bleibe auch in Zukunft freiwillig. Wer seine Organe nicht spenden möchte, muss dies jedoch festhalten oder seinen Angehörigen mitteilen. Die Delegierten der SVP Schweiz lehnten die Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz) klar ab.

Gegen Gesetzesänderung

Die Delegierten der SVP Kanton Luzern haben sich gegen die Änderung des Transplantationsgesetzes ausgesprochen. Es darf nicht sein, dass das Menschenrecht auf Unversehrtheit des Körpers nur noch gilt, wenn es eingefordert wird. Die Widerspruchsregelung verletzt dieses in der Bundesverfassung (Art. 10 Abs. 2) garantierte Menschenrecht. Sie ist ein Angriff auf unsere freiheitliche Grundordnung und entspricht einer Zwangs-Organ spende.



Resolution für Neutralität

Die Delegierten der SVP Schweiz stehen zur Neutralität unseres Landes. An ihrer Versammlung am 9. April 2022 in Chur haben sie eine Resolution verabschiedet, in der sie den Bundesrat auffordern, zur dauernden, bewaffneten und umfassenden Neutralität zurückzukehren.

Die in unserer Verfassung verankerte Neutralität ist eine der tragenden Säulen der Eidgenossenschaft und garantiert unserem Land seit über 200 Jahren Sicherheit und Frieden. «Aber was erleben wir zurzeit? Der Bundesrat und die Mehrheit im Parlament nehmen Partei, sie übernehmen eins zu eins die Sanktionen der EU», erklärte unser Nationalrat Franz Grüter vor den Delegierten. «Jetzt hört man überall: Man könne doch gegenüber diesem Aggressionskrieg in der Ukraine nicht neutral bleiben», so Grüter. Neutralität bedeute jedoch nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Meinung haben dürften. «Aber die offizielle Schweiz hat sich zurückzuhalten.»

Doch die anderen Parteien und die Mehrheit des Bundesrates hätten den Kopf verloren, so der Zürcher Nationalrat Roger Köppel: «Sie sind unter dem Druck aus dem Ausland eingebrochen und haben die Neutralität, das wichtigste Sicherheitsinstrument der Schweiz preisgegeben.» Die Schweizer Politik sei ein Hühnerhaufen geworden, sagte Parteipräsident Marco Chiesa. «Und das grösste Huhn ist offenbar die FDP.» Deren Präsident Thierry Burkart fordere tatsächlich eine Anbindung der Schweiz an die NATO. Die NATO ist eine Angriffsarmee. «Das heisst im Ernstfall: Die FDP will, dass Schweizer Soldaten im Ausland kämpfen und sterben.» Deshalb müsse der Bundesrat wieder zur dauernden, bewaffneten und umfassenden Neutralität zurückkehren.

Die Delegierten teilten diese Auffassung: Sie verabschiedeten mit 303 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung eine Resolution für die dauernde, bewaffnete und umfassende Neutralität der Schweiz.

Filmgesetz nicht ändern

Am 15. Mai 2022 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Änderung des Filmgesetzes ab. Die SVP Kanton Luzern spricht sich für die Initiative aus.

Inländische Fernsehsender sind verpflichtet, vier Prozent ihres Umsatzes in das Schweizer Filmschaffen zu investieren, um einen Beitrag zur einheimischen Filmproduktion zu leisten. Filme und Serien werden jedoch zunehmend auch im Internet geschaut, auf sogenannten Streaming-Plattformen. Für die Streamingdienste gibt es bis jetzt in der Schweiz keine Investitionspflicht.

Gesetzesänderung ist unfair

Mit der Änderung des Filmgesetzes sollen Streaming-Anbieter wie Netflix, Amazon oder Disney+ sowie private TV-Sender wie 3+, Sat1 oder Pro7 jährlich vier Prozent ihrer Einnahmen in der Schweiz in das Schweizer Filmschaffen investieren. Zudem werden sie verpflichtet, mindestens 30 % europäische Filme zu zeigen und diese besonders zu kennzeichnen. Die Jungparteien von SVP, FDP und GLP haben am 15. Oktober 2021 das Referendum gegen das neue Filmgesetz lanciert, das mit knapp 52'000 Unterschriften zustande gekommen ist. Für das Referendumskomitee ist es unfair, dass die Gesetzesänderung Streaming-Dienste zwingt, zu 30 % europäische Filme zu zeigen. Beliebte Filme aus aller Welt hätten

damit das Nachsehen. Zudem ist das Komitee überzeugt, dass die Abonnemente teurer würden. So sagt Samuel Hasler, Leiter Referendum JSVP: «Bereits heute zahlen wir alle jährlich der Filmlobby, welche übrigens von einem SP Nationalrat präsidiert wird, über 120 Millionen Franken an Subventionen. Sei es in Form von Steuern oder auch mit der Serafe-Gebühr. Mit diesem Geld subventionieren wir Filme, welche fast ausnahmslos floppen.»

Gegen Filmgesetz

Die Delegierten der SVP Kanton Luzern sprechen sich für die Initiative und somit gegen das neue Filmgesetz aus. Im Jahr 2019 wurden die Schweizer Filmschaffenden mit weit über 120 Mio. Franken subventioniert. Mit dem neuen Filmgesetz wird dieser Beitrag noch einmal erhöht, den private Unternehmen zahlen. Zudem müssen sie mindestens 30 % ihres Programmes mit europäischen Filmen füllen. Dabei ist die Qualität der Werke egal, sondern es kommt nur auf die Herkunft an.



KLIMASCHUTZ UND VERSORGUNGSSICHERHEIT

Öffentlicher Anlass mit Referaten von CEO CKW, Martin Schwab und Nationalrat Christian Imark.

Veranstaltungspartner:
CKW.

Donnerstag, 2. Juni 2022
19.30 – 21.30 Uhr
CKW Rathausen, 6032 Emmen

Der Eintritt ist frei.

Weitere Infos und Anmeldung bis Samstag, 28.5.2022, unter: www.svp-lu.ch/termine/klimaschutz/

Infos über die SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch